

Vierteljahresschrift zur empirischen
Wirtschaftsforschung, Jg. 44



■ Susanna Kochskämper / Judith Niehues

Entwicklung der Lebensverhältnisse im Alter

Vorabversion aus: IW-Trends, 44. Jg. Nr. 1
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2017 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Entwicklung der Lebensverhältnisse im Alter

Susanna Kochskämper / Judith Niehues, April 2017

Zusammenfassung

Die Entwicklung der Lebensverhältnisse und der Teilhabe der Älteren am gesellschaftlichen Wohlstand nimmt eine zentrale Rolle in der Gerechtigkeitsdebatte ein. Eine deskriptive Analyse der Lebensverhältnisse in Deutschland auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels zeigt, dass sich seit Mitte der 1980er Jahre die relative Einkommensposition Älterer deutlich verbessert hat. Über die vergangenen drei Jahrzehnte konnte die Ruhestandsbevölkerung im Durchschnitt höhere Realeinkommenszuwächse verbuchen als jüngere Alterskohorten. Entsprechend ist der Anteil älterer Menschen gesunken, die sich im unteren Einkommensfünftel der Gesellschaft befinden. Im Vergleich zu den 1980er Jahren leben dafür immer mehr Ältere in den mittleren und oberen Einkommenschichten. Hierzu passt, dass das Armutsrisiko im Alter erkennbar unter dem Durchschnitt jüngerer Vergleichsgruppen liegt. Allerdings unterscheidet sich die Wohlfahrtsposition im Alter stark nach dem vormaligen Erwerbsstatus und nach den ergänzenden Einkommensquellen. Erwerbseinkommen spielen beispielsweise bei (ehemals) Selbstständigen und im oberen Einkommensbereich der Rentner eine größere Rolle als bei ehemals abhängig Beschäftigten. Auch die Haushaltsstruktur ist relevant für die Einkommensposition im Alter. Anders als in der Gesamtbevölkerung hat sich im Betrachtungszeitraum seit Mitte der 1980er Jahre der Anteil alleinlebender Älterer deutlich reduziert. Auch dies dürfte einen dämpfenden Einfluss auf die Entwicklung des Armutsrisikos gehabt haben. Angesichts des relativ hohen Anteils an Singlehaushalten und armutsgefährdeten Personen in Ostdeutschland drohen dort aber künftig steigende Armutsrisiken im Alter, sollten vor allem die jüngeren Kohorten nicht ihr relativ hohes Armutsrisiko senken können. Insgesamt begründen die empirischen Befunde allein noch keinen politischen Handlungsbedarf, zumal bei korrigierenden Eingriffen in das gesetzliche Umlagesystem der Rentenversicherung immer auch die Verteilungswirkungen auf die jüngeren Generationen zu berücksichtigen sind.

Stichwörter: Einkommensverteilung, Altersarmut, Rentenpolitik

JEL-Klassifikation: D31, H55, I31

Empirische Grundlagen

„Früher war alles besser.“ Dieser Satz vermittelt den Eindruck, der sich auch angesichts der öffentlichen Verteilungsdebatten in Deutschland aufdrängt. Hartnäckig hält sich die Behauptung, dass sich in den letzten Jahrzehnten, besonders aber durch die Rentenreformen des vergangenen Jahrzehnts, der Lebensstandard im Alter in Deutschland sukzessive verschlechtert hat und in Zukunft noch weiter abnehmen wird. Als Beleg wird hierbei auf das sinkende Sicherungsniveau vor Steuern in der Gesetzlichen Rentenversicherung verwiesen. Tatsächlich ist das Verhältnis von der Rentenleistung zu dem vorhergehenden Erwerbseinkommen in den westdeutschen Bundesländern im Zeitraum 1970 bis 2015 von 55,2 Prozent auf 47,7 Prozent gesunken (Deutsche Rentenversicherung, 2016, 259).

Das Sicherungsniveau gibt das prozentuale Verhältnis der Nettorente des sogenannten Standardrentners gegenüber dem jeweils aktuellen Nettoarbeitsentgelt eines Durchschnittsverdieners an. Bei dem Standardrentner handelt es sich jedoch um eine Modellgröße, die 45 Beitragsjahre als Durchschnittsverdiener unterstellt. Veränderungen dieser modellhaft ermittelten Größe dürfen aber nicht gleichgesetzt werden mit empirischen Befunden über die tatsächliche Situation der vergangenen und heutigen Rentnergenerationen (Pimpertz, 2017, 17 ff.). Zwar ist die Ableitung folgerichtig, dass bei ansonsten unveränderten Bedingungen ein sinkendes gesetzliches Versorgungsniveau zu einer Beeinträchtigung der Verteilungsposition von Rentnerhaushalten führt. Aber diese Ceteris-paribus-Bedingung kann hier nur als theoretisches Konstrukt herangezogen werden, hängt die Position der Ruheständler in der Einkommensverteilung doch von weiteren Faktoren wie der Entwicklung der ergänzenden Alterseinkommen, der Verteilung der Einkommen im Haushalt und der Haushaltszusammensetzung ab (Kochskämper/Pimpertz, 2017, 9 ff., 34 ff.).

Wie die Haushalte in Deutschland im Alter abgesichert sind, lässt sich erst auf der Grundlage empirischer Studien ermitteln. Mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) verfügt Deutschland über einen Datensatz, der eine Analyse der Lebensverhältnisse über drei Jahrzehnte erlaubt. Seit 1984 werden im Rahmen dieser Befragung Personen und Familien bezüglich ihrer Lebenssituation und Einkommen befragt. Die Stichprobe ist als Panel angelegt, im Zeitverlauf werden möglichst identische Haushalte befragt. Regelmäßige Sonderstichproben zur Migrationsbe-

völkerung (1994/1995, 2013, 2015) oder zur Gruppe der Hocheinkommensbezieher (2002) ergänzen das SOEP und ermöglichen eine langjährige repräsentative Abbildung der gesellschaftlichen Entwicklungen (Wagner et al., 2007).

Der vorliegende Beitrag vergleicht die Lebensverhältnisse unterschiedlicher Altersgruppen seit Mitte der 1980er Jahre und geht der Frage nach, ob und wie sich der Lebensstandard im Alter seitdem verändert hat. Darüber hinaus wird untersucht, inwiefern diese Entwicklung durch veränderte Haushaltsstrukturen beeinflusst wird und welche Herausforderungen sich daraus für die Zukunft ergeben.

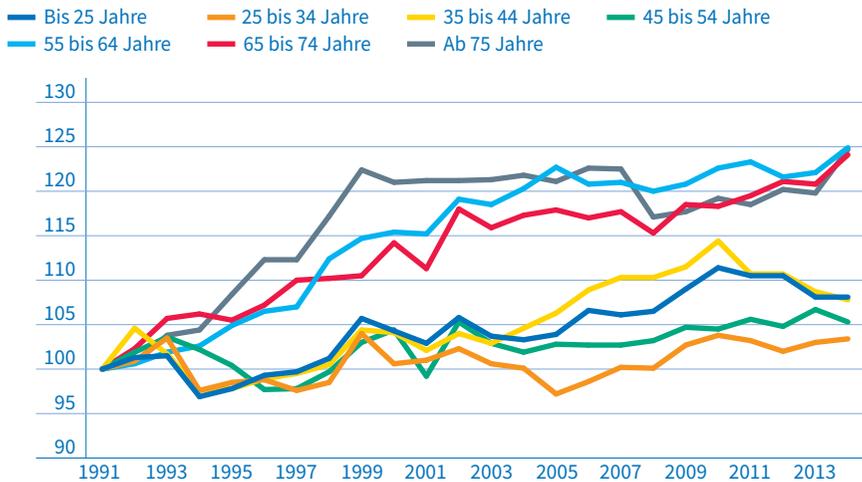
Einkommensentwicklung nach Altersgruppen

Inwiefern unterschiedliche Bevölkerungsgruppen am Wohlstand teilhaben, nimmt eine zentrale Position in der aktuellen Gerechtigkeitsdiskussion in Deutschland ein. Im Vordergrund steht dabei die Teilhabe unterschiedlicher Einkommensgruppen im Zeitverlauf (Grabka/Goebel, 2017). Die rentenpolitische Debatte hebt sich davon noch einmal ab, weil damit die Frage nach intergenerativer Gerechtigkeit verbunden ist, ob es Alterskohorten gibt, die besonders vom Wohlstand profitieren. Im Folgenden wird untersucht, wie sich die Einkommensposition bestimmter Altersgruppen seit Mitte der 1980er Jahre entwickelt hat.

Die Wohlfahrtsposition in der Gesellschaft lässt sich an der Höhe des bedarfsgewichteten Nettoeinkommens – nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen (inklusive unterstellter Beiträge für Beamte und Pensionäre) sowie zuzüglich staatlicher Renten und sozialer Transferleistungen – bestimmen. Beim Bruttoeinkommen werden regelmäßige und unregelmäßige Arbeitseinkommen sowie Kapital- und Vermögenseinkommen des Vorjahres summiert und die Nettomietvorteile aus selbstgenutztem Wohneigentum berücksichtigt. Die soziodemografische Struktur (Alter, Erwerbsstatus und Haushaltstyp) bezieht sich jeweils auf das Erhebungsjahr des SOEP. Durch die bei Verteilungsanalysen übliche Bedarfsgewichtung werden unterschiedliche Haushaltsgrößen und Skaleneffekte innerhalb von Haushalten berücksichtigt. Gemäß der zugrunde gelegten Äquivalenzziffern muss ein Paar ohne Kinder nur über das 1,5-Fache des Einkommens eines Singles verfügen, um einen vergleichbaren einkommensbezogenen Lebensstandard zu erreichen. Die jeweilige Wohlfahrtsposition wird somit nicht nur durch das individuelle Einkommen, sondern auch wesentlich durch den Haushaltskontext bestimmt.

Realeinkommensentwicklung nach Altersgruppen

Durchschnittliche bedarfsgewichtete Nettoeinkommen¹⁾ innerhalb einer Altersgruppe in Preisen des Jahres 2014, Index 1991 = 100



1) Das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen (Äquivalenzeinkommen) berücksichtigt Einspareffekte durch gemeinsames Wirtschaften und rechnet alle Einkommen auf den Bedarf eines Alleinstehenden um.
 Quellen: SOEP v32; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



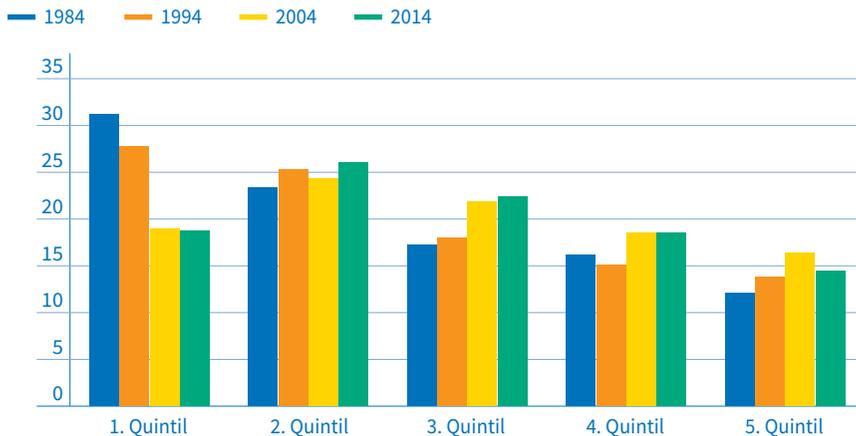
Abbildung 1: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/338824/storage/master/download/abb1.xlsx

Abbildung 1 stellt dar, wie sich die bedarfsgewichteten Realeinkommen im Durchschnitt der jeweiligen Altersgruppe seit der Wiedervereinigung entwickelt haben. Die Realeinkommenssteigerungen Mitte der 1990er Jahre fielen bei Personen ab 55 Jahren überdurchschnittlich aus. Seit der Wiedervereinigung konnten diese Altersgruppen reale Einkommenszuwächse im Durchschnitt von insgesamt knapp 25 Prozent verbuchen. In den Altersgruppen unter 55 Jahren lagen die realen Zuwächse unter 10 Prozent. In Westdeutschland zeigen sich seit Mitte der 1980er Jahre ähnliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Der durchschnittliche Zuwachs in der Gruppe der 65- bis 74-Jährigen lag bei insgesamt 52 Prozent, bei den ab 75-Jährigen bei 46 Prozent, bei den unter 45-Jährigen lagen die Zuwächse hingegen zwischen 21 und 31 Prozent. Zur Einordnung der Ergebnisse ist es hilfreich, sich den Zeitraum der jeweiligen Erwerbsphase einer Alterskohorte zu vergegenwärtigen. Die Gruppe der 65- bis 74-Jährigen im Jahr 1995 ist im Zeitraum 1920 bis 1930 geboren und ist somit die erste Kohorte, die ihre Erwerbsphase zu großen Teilen vollständig in der Nachkriegsphase verbracht hat.

Die Zuwächse sind innerhalb der Gruppe der Älteren zwar nicht gleichmäßig verteilt, aber mit einem Zuwachs seit der Wiedervereinigung von knapp 21 Prozent im ärmeren Fünftel der ab 65-Jährigen gegenüber einem Zuwachs von 27 Prozent im reichsten Fünftel der ab 65-Jährigen sind die Unterschiede vergleichsweise gering. Entsprechend ist auch die Ungleichverteilung der Einkommen im Alter – mit einem Gini-Koeffizienten von 0,26 und 0,27 im Zeitraum der letzten zehn Jahre – geringer als die Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung mit einem Gini-Koeffizienten zwischen 0,28 bis 0,29 im gleichen Zeitraum. Etwas anders sieht die Entwicklung allerdings bei ausschließlicher Betrachtung Westdeutschlands aus. Hier entwickelten sich die Einkommen im Ruhestand – vor allem zwischen 2000 und 2005 – etwas stärker auseinander: Das ärmste Fünftel der ab 65-Jährigen verbuchte seit der Wiedervereinigung einen durchschnittlichen Zuwachs von knapp 11 Prozent, gegenüber 27 Prozent im reichsten Ruhestandsfünftel. Dass sich für Gesamtdeutschland eher eine gleichmäßigere Entwicklung zeigt, liegt besonders an den deutlichen Aufholprozessen bei den Einkommen der Rentner Ostdeutschlands.

Einkommensposition der älteren Bevölkerung

Aufteilung der Bevölkerung ab 65 Jahren auf die Einkommensquintile¹⁾ der Gesamtbevölkerung, Anteile in Prozent



Der Wert für 1984 berücksichtigt nur Westdeutschland, danach Werte für Gesamtdeutschland.

1) Einkommensquintile: Die gesamte Bevölkerung wird gemäß der Höhe ihres bedarfsgewichteten Nettoeinkommens sortiert und in fünf gleich große Gruppen eingeteilt (Quintile).

In einem zweiten Schritt wird analysiert, wie sich die Gruppe der ab 65-Jährigen auf die jeweiligen Einkommensfünftel der Gesamtbevölkerung aufteilt.

Lesebeispiel: Im Jahr 1984 befanden sich 31 Prozent der ab 65-Jährigen im unteren Einkommensfünftel.

Quellen: SOEP v32; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Den überdurchschnittlichen Einkommenszuwächsen im Alter entsprechend steigen die Älteren auch in der Einkommensstruktur der Gesamtbevölkerung auf (Abbildung 2). Befand sich im Jahr 1984 noch knapp ein Drittel der Ruhestandsbevölkerung (Gruppe der 65-Jährigen und älter) im ärmsten Einkommensfünftel der Gesamtbevölkerung, waren es 2014 nur noch 19 Prozent. Dafür leben immer mehr Ältere im mittleren Einkommensbereich. Ebenso ist der Anteil der ab 65-Jährigen, die ihre Ruhestandsphase im reichsten Fünftel verbringen, von 12 auf 14 Prozent gestiegen. Dieser Effekt geht nicht nur auf Aufholprozesse in Ostdeutschland zurück. Werden ausschließlich die Einkommen und die Bevölkerung Westdeutschlands zugrunde gelegt, reduziert sich der Anteil der ab 65-Jährigen im ärmsten Fünftel der Bevölkerung ebenfalls von knapp 30 Prozent zu Zeiten der Wiedervereinigung auf knapp 20 Prozent im Jahr 2014.

Armutsgefährdung seit 1984

Besonders im Fokus der rentenpolitischen Diskussion stehen jene Rentner, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln und nicht über ihre gesetzliche Rente bestreiten können. Ein Indikator für diese Gruppe ist der Anteil derjenigen, der auf die staatliche Grundsicherung im Alter nach dem Sozialgesetzbuch SGB XII angewiesen ist. Die Quote hat sich zwar von 2,2 Prozent im Jahr 2005 (343.000 Personen) auf 3,1 Prozent in 2015 (536.000 Personen) erhöht. Sie liegt aber noch deutlich unterhalb der SGB-II-Quote in der Bevölkerung unter 65 Jahren. Diese lag im Jahr 2015 bei knapp 10 Prozent. Die Ursachen für den Anstieg können vielfältig sein, wie die Ergebnisse biografischer Analysen nahelegen (Brettschneider/Klammer, 2016). Zudem erlaubt die Entwicklung folgende Interpretationen: Der Anstieg kann sowohl ein Hinweis für eine Verschärfung der sozialen Lage sein als auch der Ausdruck einer erfolgreichen Implementierung der Grundsicherung im Alter (Cremmer, 2016, 118 f.). Zum einen wurde mit dem Wechsel von der Sozialhilfe zur Grundsicherung auf einen möglichen Rückgriff auf die Einkommen der Kinder verzichtet. Dies dürfte zuvor viele Ältere von einer Leistungsanspruchnahme abgehalten haben. Zum anderen informiert die Gesetzliche Rentenversicherung nunmehr routinemäßig die Beziehender geringer gesetzlicher Renten über mögliche Ansprüche auf steuerfinanzierte Hilfen, sodass auch ein verbesserter Informationsstand zu einer höheren Inanspruchnahme führen kann. Zuletzt weisen Untersuchungen zudem darauf hin, dass nicht alle Rentnerhaushalte, denen Grundsicherungsleistungen zustünden, diese auch in Anspruch nehmen (Becker, 2007).

Allerdings läge der Anteil bedürftiger Rentner selbst bei der Berücksichtigung der Schätzungen zur Nicht-Inanspruchnahme (sogenannte verdeckte Armut) allenfalls zwischen 4 und 5 Prozent.

Neben dieser Grundsicherungsquote, die sich an der Bedürftigkeit orientiert, nimmt die relative (Alters-)Armut in der aktuellen Debatte eine zentrale Rolle ein. Als relativ einkommensarm oder armutsgefährdet gilt der Teil der Bevölkerung, der über ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügt. Weil die Messung ausschließlich einkommensbezogen erfolgt und damit die für die Alterssicherung relevante Vermögensausstattung des Haushalts unberücksichtigt bleibt, ist die Armutsgefährdungsquote aber als ein schwächerer Indikator für soziale Notlagen einzustufen. Der Indikator vermittelt ein Bild darüber, ob sich die Bezieher geringer Einkommen von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln. Im Jahr 2014 galt nach Maßgabe des SOEP ein Alleinstehender von Armut bedroht, wenn er weniger als 1.055 Euro im Monat zur Verfügung hatte. Lebte eine weitere Person oder ein Kind (ab 14 Jahren) in dem Haushalt, überschritten beide bereits mit einem gemeinsamen Haushaltsnettoeinkommen von 1.582 Euro die Armutsgefährdungsschwelle.

Tabelle 1 zeigt die Entwicklung des Armutsrisikos nach Altersgruppen seit Mitte der 1980er Jahre für Deutschland sowie aufgeteilt nach Ost- und Westdeutschland. Bemerkenswert ist vor allem der Rückgang des Armutsrisikos in der Gruppe der ab 75-Jährigen zwischen Mitte der 1980er Jahre und 2004. Auch in der Gruppe der 65- bis 74-Jährigen hat das Armutsrisiko in diesem Zeitraum abgenommen – gegenüber einem leichten Anstieg des Armutsrisikos in der Gesamtbevölkerung. Erst im letzten Jahrzehnt zeigt sich bei den Älteren ein leichter Anstieg der Armutsgefährdung, der hauptsächlich auf einen Anstieg des Armutsrisikos in der Gruppe der 65- bis 74-Jährigen in Ostdeutschland zurückgeht (Grabka/Goebel, 2017, 79).

Ein Grund für den starken Rückgang des Armutsrisikos der ostdeutschen Rentner zwischen 1994 und 2004 liegt unter anderem an einer großzügigen Anrechnung der noch in der ehemaligen DDR erworbenen Rentenansprüche und erzielten Beschäftigungszeiten. Weil in einem zunehmenden Maß Personen in Ostdeutschland in den Ruhestand wechseln, bei denen Erwerbszeiten vor 1990 weniger ins Gewicht fallen, verliert dieser Einfluss an Bedeutung. Problematisch ist vielmehr

Armutsgefährdungsquoten nach Altersgruppen

Anteile in Prozent

	Deutschland			Westdeutschland				Ostdeutschland		
	1994	2004	2014	1984	1994	2004	2014	1994	2004	2014
Bis 25 Jahre	17,5	19,7	22,1	15,4	17,2	17,8	20,8	18,7	29,5	29,7
25 bis 34 Jahre	12,0	15,6	21,0	10,0	11,2	14,1	17,5	15,1	22,5	35,5
35 bis 44 Jahre	10,4	11,3	12,8	8,9	9,8	9,4	12,2	13,4	21,1	15,5
45 bis 54 Jahre	6,6	10,1	10,6	7,8	6,2	8,8	9,4	8,1	15,5	16,8
55 bis 64 Jahre	10,2	10,8	13,2	9,7	9,3	8,9	11,4	13,5	19,5	19,8
65 bis 74 Jahre	10,7	10,9	14,1	13,6	10,0	11,4	13,9	14,2	9,3	15,0
Ab 75 Jahre	16,9	12,6	13,4	22,2	16,0	13,0	14,2	20,7	10,9	10,3
Gesamt	12,5	13,8	15,9	12,3	11,9	12,5	14,7	15,0	19,6	21,2

Als armutsgefährdet oder relativ einkommensarm gilt, wer weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung hat.

Quellen: SOEP v32; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Tabelle 1: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/338828/storage/master/download/tab1.xlsx

die Entwicklung, die sich in den jüngeren Altersgruppen abzeichnet. Denn die Armutsgefährdungsquote ist für diese Gruppe in Ostdeutschland bereits im vorhergehenden Jahrzehnt deutlich gestiegen. Wenn sich die Armutsgefährdung während der Erwerbsphase in ein entsprechendes Armutsrisiko im Alter überträgt – eine in einem beitragsbezogenen Rentenversicherungssystem naheliegende Hypothese –, dann zeichnen sich hier künftige soziale Problemlagen ab (Börsch-Supan, 2015). Es ist allerdings zu beachten, dass Armutsgefährdung hier nach Maßgabe eines gesamtdeutschen Medianeinkommens definiert wird und die ostdeutschen Armutsrisikoquoten bei Berücksichtigung der Preisniveauunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland erkennbar geringer ausfallen (Röhl/Schröder, 2017).

Trotz des leichten Anstiegs im vergangenen Jahrzehnt liegt das Armutsrisiko in den Altersgruppen ab 65 Jahren weiterhin merklich unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Mit Blick auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen zeigt sich zwar in beiden Gruppen eine ähnliche Entwicklung, allerdings liegen die geschlechtsspezifischen Armutsrisikoquoten der Frauen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung im Alter durchweg höher. Sie liegen aber auch im Jahr 2014 noch unterhalb der durchschnittlichen Armutsgefährdung der Frauen in der Gesamtbevölkerung. Die höchsten Armutsrisiken – und die höchsten Anstiege innerhalb der

letzten Jahrzehnte – zeigen sich vor allem im jungen Erwachsenenalter. Darüber hinaus können Menschen im Alter häufiger auf Vermögen zurückgreifen, als es in jüngeren Altersgruppen der Fall ist. Etwa jeder Vierte über 64-Jährige, der von Armut bedroht ist, kann durch Rückgriff auf sein Vermögen mindestens zehn Jahre sein Armutsrisiko abfedern (Niehues/Schröder, 2012; aktualisiert in iwd, 2015).

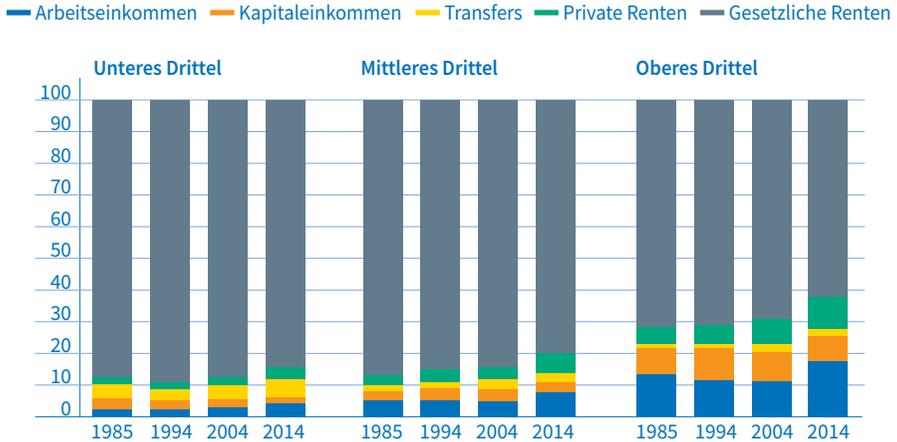
In der Wahrnehmung der Bürger fällt die Verteilung der Armutsrisiken über unterschiedliche Lebensphasen jedoch gänzlich anders aus: In einer Befragung für den aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS, 2017) sehen zwei von drei Befragten ein hohes oder sehr hohes Armutsrisiko in der Ruhestandsphase. Für die Kindheit und Jugend oder das junge Erwachsenenalter sieht hingegen weniger als ein Drittel der Befragten ein vergleichbares Risiko. Die Autoren der Studie weisen darauf hin, dass die häufige mediale und politische Thematisierung einer künftigen Altersarmut Auswirkungen auf die Befragungsergebnisse haben kann.

Einkommenszusammensetzung im Alter

Eine wichtige Rolle mit Blick auf die Diskussion der Lebensverhältnisse im Alter nimmt die Entwicklung der gesetzlichen Renten ein. Dass die Absenkung des allgemeinen Rentenniveaus bisher nicht zu einer flächendeckenden Verbreitung von Armut im Alter geführt hat, haben bereits die Auswertungen in den vorherigen Abschnitten gezeigt. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass die Haushalte sich frühzeitig auf die Notwendigkeit ergänzender Vorsorge eingestellt haben. Insofern ist es relevant, wie sich die Zusammensetzung des Einkommens im Alter in den letzten Jahrzehnten verändert hat und inwiefern private Rentenleistungen eine bedeutendere Rolle einnehmen. Abbildung 3 illustriert die Zusammensetzung des Bruttogesamteinkommens der Haushaltsvorstände ab 65 Jahren für das ärmste, mittlere und reichste Drittel der Ruhestandsbevölkerung. Selbst wenn die Bedeutung der gesetzlichen Renten (inklusive Pensionen) vor allem innerhalb des letzten Jahrzehnts in allen Einkommensbereichen abnahm, machten diese im Jahr 2014 im Durchschnitt der älteren Bevölkerung immer noch über drei Viertel des gesamten Haushaltseinkommens aus. Weitergehende Analysen zeigen, dass in Paarhaushalten ein immer größerer Beitrag der gesetzlichen Renten von weiblichen Haushaltsmitgliedern stammt. Trugen Männer Mitte der 1980er Jahre in Westdeutschland noch rund 83 Prozent zu den gesamten selbst erwirtschafteten gesetzlichen

Einkommensstruktur im Alter

Anteile der Einkommenskomponenten am Bruttohaushaltseinkommen der Haushaltsvorstände ab 65 Jahren nach Einkommensklassen¹⁾, in Prozent



Der Wert für 1985 berücksichtigt nur Westdeutschland, danach Werte für Gesamtdeutschland.

1) Die Bevölkerung ab 65 Jahren wurde anhand der Höhe des bedarfsgewichteten Nettoeinkommens in drei gleich große Gruppen eingeteilt. Die Betrachtung beginnt hier bei dem Einkommensjahr 1985 (SOEP-Erhebungswelle 1986), da in den ersten beiden SOEP-Wellen private Renten nicht separat erfasst wurden. Transfers enthalten soziale Sicherungsleistungen und auch private Transferleistungen.

Quellen: SOEP v32; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Abbildung 3: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/338826/storage/master/download/abb3.xlsx

Renten innerhalb eines Haushalts bei, lag der Anteil im Jahr 2014 bei knapp 71 Prozent. Simulationsanalysen deuten darauf hin, dass sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Höhe der gesetzlichen Renten (Gender Pension Gap) in Zukunft weiter verringern werden (Grabka et al., 2017).

Auch die anderen Einkommenskomponenten entwickeln sich ähnlich über die drei Einkommensgruppen. Passend zu den steigenden Erwerbsquoten im Alter nimmt erwartungsgemäß der Anteil der Arbeitseinkommen zu und die privaten Renteneinkommen (betriebliche Renten und Auszahlungen aus privaten Rentenversicherungen) gewinnen in allen Einkommensbereichen an Bedeutung. Den ähnlichen Trends stehen allerdings sehr unterschiedliche Niveaus der Einkommenskomponenten über die Einkommensdrittel gegenüber: Im unteren Drittel machen die gesetzlichen Renteneinkommen knapp 85 Prozent aus, im oberen Drittel geringere 62 Prozent. Im obersten Drittel machen auch im Ruhestand die Arbeitseinkommen fast noch ein Fünftel der Einkommen aus, im unteren Drittel sind es weniger als

5 Prozent. Die hohe Bedeutung der Arbeitseinkommen im oberen Drittel der Ruhestandsbevölkerung deutet darauf hin, dass die Erwerbsbeteiligung im Alter weniger aus finanzieller Notwendigkeit erfolgt. Die Verteilung der Erwerbsquoten nach Einkommensbereichen innerhalb der Ruhestandsbevölkerung bekräftigt diesen Befund. Gehen im Jahr 2014 im unteren Einkommensdrittel der ab 65-Jährigen 4,3 Prozent einer Erwerbstätigkeit nach, sind es im oberen Einkommensdrittel 11,1 Prozent. Auswertungen auf Basis des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes kommen zu vergleichbaren Ergebnissen (Esselmann/Geis, 2015, 39).

Noch stärker als von der Einkommensposition ist die Bedeutung der Arbeitseinkommen von dem vormaligen Erwerbsstatus abhängig. War der letzte oder häufigste Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands eine selbstständige Tätigkeit, stellen Arbeitseinkommen noch im Alter über ein Viertel des gesamten Haushaltseinkommens dar. Bei vormals Angestellten in Leitungsfunktion sind es knapp 11 Prozent, bei ehemaligen Beamten im gehobenen oder höheren Dienst knapp 9 Prozent. Der Einfluss des vormaligen Erwerbsstatus im Zeitablauf lässt sich allerdings nicht konsistent untersuchen, da die Anzahl valider Antworten in den unterschiedlichen SOEP-Wellen recht stark variiert.

Tabelle 2 zeigt, dass der vormalige Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands einen wesentlichen Einfluss auf die Einkommensposition im Alter hat. Das vergleichsweise höchste Einkommen im Alter erreichen Personen, die in Haushalten leben, in denen der Haushaltsvorstand entweder noch erwerbstätig ist und Arbeitseinkommen erzielt oder vormals Beamter des gehobenen und höheren Dienstes war. Sie erreichen im Alter durchschnittliche bedarfsgewichtete Nettoeinkommen von rund 2.900 Euro. Bei den pensionierten Beamten des gehobenen und höheren Dienstes fällt aber auch die geringe Einkommensstreuung auf. Das bedarfsgewichtete Medianeinkommen liegt ebenfalls bei knapp unter 2.900 Euro und damit oberhalb der Durchschnitte der anderen Haushaltsgruppen. Vormals Angestellte in Leitungsfunktion und Selbstständige erreichen ebenfalls überdurchschnittliche Einkommen im Alter, allerdings ist die Varianz innerhalb dieser Gruppen deutlich größer. Die Ergebnisse bleiben strukturell ähnlich, wenn anstatt bedarfsgewichteter Einkommen ungewichtete Haushaltseinkommen betrachtet werden, da die Haushaltsgrößen und Bedarfsgewichte im Alter kaum Unterschiede je nach Erwerbsstatus aufweisen. Allerdings gilt es zu beachten, dass es sich hierbei um

Einkommen nach vormaligem Erwerbsstatus

Monatswerte für das Jahr 2014 in Euro und Anteile in Prozent

	Anteil ¹⁾ an allen Haushalten mit Haushaltsvorstand über 64 Jahre, in Prozent	Median des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens ²⁾ , in Euro	Mittelwert des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens ²⁾ , in Euro
Noch beschäftigt ³⁾	5,5	2.078 (2.702)	2.881 (3.882)
Un-/angelernte Arbeiter/ Angestellte	23,0	1.391 (1.540)	1.490 (1.752)
Facharbeiter/ Angestellte einfache Tätigkeit	19,3	1.525 (1.861)	1.647 (2.031)
Vorarbeiter/Meister	14,8	1.780 (2.282)	1.917 (2.472)
Angestellte mit Leitungsfunktion	4,6	2.122 (2.847)	2.587 (3.452)
Beamte, einfacher, mittlerer Dienst	1,7	1.999 (2.419)	2.045 (2.761)
Beamte, gehobener und höherer Dienst	5,2	2.883 (3.475)	2.937 (3.784)
Selbstständige ohne Mitarbeiter	4,0	1.945 (2.600)	2.381 (3.128)
Selbstständige mit Mitarbeitern	3,8	1.850 (2.221)	2.324 (2.934)
Sonstige Personen ⁴⁾	18,2	1.639 (1.864)	1.800 (2.163)

1) Zuordnung nach dem häufigsten oder letzten Erwerbsstatus des Haushaltsvorstands, wenn dieser über 64 Jahre alt ist.

2) Werte in Klammern: durchschnittliches Haushaltseinkommen ohne Bedarfsgewichtung.

3) Noch beschäftigt: Haushaltsvorstände mit positiven Erwerbseinkommen, die angeben, noch beschäftigt zu sein.

4) Sonstige Personen: Nicht-Erwerbstätige, Arbeitslose und Haushaltsvorstände ohne Zuordnung.

Quellen: SOEP v32; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Tabelle 2: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/338829/storage/master/download/tab2.xls

eine Querschnittsbetrachtung der Einkommenssituation im Alter handelt und die Einkommen Selbstständiger während der Erwerbsphase im Durchschnitt beispielsweise höher ausfallen als die der Beamten.

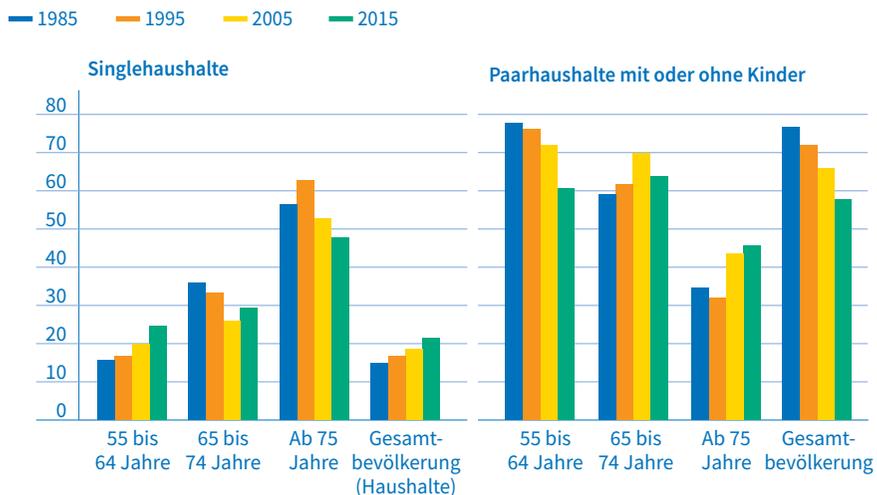
Veränderte Haushaltsstrukturen

Der Haushaltskontext hat einen wesentlichen Einfluss auf die Lebenssituation im Alter, da aufgrund von Einspareffekten gemeinsames Wirtschaften bei gleichem Einkommen einen höheren Lebensstandard ermöglicht. Allein der in der Gesellschaft zu beobachtende Trend zu mehr Singlehaushalten kann zu einem Anstieg des Armutsrisikos führen, da Alleinstehende überdurchschnittlich häufig von Armut bedroht sind (Niehues, 2017). Abbildung 4 stellt dar, wie sich die Haushaltszusammensetzung in den Altersgruppen ab 55 Jahren seit Mitte der 1980er Jahre verändert hat. Demnach lebten im Jahr 2015 weniger 65-Jährige und Ältere in Single-

haushalten als noch Mitte der 1980er oder 1990er Jahre. Darüber hinaus ist der Anteil der ab 75-Jährigen, der in einem Paarhaushalt lebt, deutlich gestiegen. Lebten bis 1995 noch weniger als 30 Prozent der ab 75-Jährigen in einem Paarhaushalt, war es im Jahr 2015 beinahe die Hälfte der mindestens 75-Jährigen. Die zunehmende Tendenz zum Zusammenleben im Alter – entgegen des umgekehrten Trends in der Gesamtbevölkerung – dürfte somit einen relativierenden Einfluss auf das Armutsrisiko im Alter gehabt haben. Bis Mitte der 1990er Jahre dürften die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs noch zu einem überdurchschnittlichen Anteil besonders an alleinlebenden Frauen im Alter geführt haben, ein Sondereffekt, der in der Folge zunehmend ausläuft (Statistisches Bundesamt, 2015, 6 f.). Darüber hinaus könnte eine weitere Erklärung hierfür sein, dass Alleinlebende im Alter überdurchschnittlich oft in Einrichtungen leben, die im SOEP nicht abgebildet werden. Nimmt man allerdings den Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren (ab 75 Jahren) an der Gesamtbevölkerung im jeweiligen Alter, dann befinden sich im Jahr

Haushaltstypen nach Altersgruppen

Aufteilung der Personen der entsprechenden Altersgruppe auf unterschiedliche Haushaltstypen¹⁾, in Prozent



Der Wert für 1985 berücksichtigt nur Westdeutschland, danach Werte für Gesamtdeutschland.

1) Die Anteile der Personen in Alleinerziehendenhaushalten und sonstigen Haushalten (z. B. Mehrgenerationenhaushalte) sind aufgrund der geringen Bedeutung im Alter nicht dargestellt.

(Die Angaben beziehen sich auf das SOEP-Erhebungsjahr und somit dem Folgejahr der zuvor im Fokus stehenden Einkommensangaben.)

Quellen: SOEP v32; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Abbildung 4: http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/338827/storage/master/download/abb4.xlsx

2015 nur 2,6 Prozent (4,3 Prozent) der Männer in vollstationärer Pflege und leben somit in Einrichtungen, die im SOEP nicht erfasst sind. Bei den Frauen beträgt der Anteil 5,6 Prozent (9,4 Prozent). Einen weiteren Einfluss auf die Haushaltszusammensetzung kann der Altersunterschied zwischen den Ehepartnern haben, weil damit die Wahrscheinlichkeit variiert, im Alter für einen längeren oder kürzeren Zeitraum als hinterbliebener Single zu leben. Zuletzt könnten veränderte gesellschaftliche Strukturen eine Rolle spielen, die dazu führen, dass Personen sich im Alter in neuen Paarstrukturen zusammenfinden.

Wie sich die Entwicklung der Haushaltsstrukturen in Zukunft fortsetzen wird, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Die ansteigende Anzahl von Singlehaushalten in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen im Zeitraum 1995 bis 2005 scheint sich allerdings bereits in einem Anstieg in der entsprechenden Alterskohorte der 65- bis 74-Jährigen zwischen 2005 und 2015 niederzuschlagen. Da sich aktuell ein nochmals deutlicherer Zuwachs an Singlehaushalten bei den 55- bis 64-Jährigen zeigt, ist vermutlich mit einem weiteren Anstieg der Singlehaushalte im Alter zu rechnen. Mit Blick auf die Geschlechterunterschiede ist festzuhalten, dass Frauen ab 65 Jahren aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung mehr als doppelt so häufig allein leben wie gleichaltrige Männer. Auf Basis des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes zeigt sich ein stärkerer Anstieg der Alleinlebendenquote älterer Frauen gegenüber Männern in den letzten Jahren (Statistisches Bundesamt, 2015, 5 ff.).

Fazit

Im Rahmen der rentenpolitischen Debatte steht häufig die Vermutung im Raum, die Einkommensposition der Älteren hätte sich im Zeitablauf deutlich verschlechtert. Eine deskriptive Betrachtung der längerfristigen Entwicklung der Lebensverhältnisse seit Mitte der 1980er Jahre zeigt allerdings ein anderes Bild. Realeinkommenssteigerungen fielen besonders in den Altersgruppen ab 55 Jahren an. Dadurch verbesserte sich die relative Position der Älteren in der gesellschaftlichen Einkommensverteilung. Lebten 1984 noch 31 Prozent der westdeutschen Bevölkerung ab 65 Jahren im unteren Einkommensfünftel der Gesellschaft, waren es im Jahr 2014 nur noch 19 Prozent. Ein immer größerer Teil der älteren Bevölkerung verteilte sich dagegen auf die oberen drei Einkommensfünftel. Auch am unteren Rand bietet sich in längerfristiger Betrachtung ein positives Bild. Mit Blick auf die letzten drei Jahrzehnte hat sich das Risiko Älterer, von Armut bedroht zu sein, zunächst einmal

bis zu den ersten Jahren im 21. Jahrhundert deutlich verringert. Dies gilt sowohl für die Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen und noch stärker für die Gruppe der ab 75-Jährigen. Neben den überdurchschnittlichen Realeinkommenszuwächsen in der Gruppe der Älteren dürften für diese Entwicklung Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung eine Rolle spielen. Denn entgegen der Entwicklung in der Gesamtbevölkerung hat die Anzahl der Alleinlebenden im Alter abgenommen. Im Vergleich zu den 1980er Jahren leben immer mehr Ältere in Paarhaushalten.

In den letzten Jahren zeigt sich allerdings – parallel zur Entwicklung in der Gesamtbevölkerung – ein leichter Anstieg des Armutsrisikos, der überwiegend durch einen deutlichen Anstieg des Armutsrisikos der 65- bis 74-Jährigen in Ostdeutschland bedingt ist. Entgegen der verbreiteten Wahrnehmung, wonach Armutsrisiken vor allem im Ruhestandsalter vermutet werden, ist das Armutsrisiko bei den Älteren insgesamt aber in Ost- und Westdeutschland nach wie vor unterdurchschnittlich. Noch deutlicher zeigt sich dies an den bedürftigkeitsorientierten Grundsicherungsquoten, die weiterhin merklich unterhalb der Quoten der Bevölkerung im Erwerbsalter liegen. Wie sich weitere Einflussfaktoren in Zukunft entwickeln werden, lässt sich schwer absehen. Neben der Erwerbsbiografie, dem Sparverhalten der Haushalte und den (renten-)politischen Einflüssen hängt die Lebenssituation auch von der künftigen Entwicklung der Haushaltsstrukturen ab. Die Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung deuten zwar auf mögliche problematische Entwicklungen in der Zukunft hin, weil mit einer steigenden Anzahl an Singlehaushalten im Alter Armutsrisiken tendenziell zunehmen können. Damit kann aber nicht der die öffentlichen Debatten beherrschende Alarmismus begründet werden. In der Diskussion um rentenpolitische Maßnahmen sollte bedacht werden, dass normative Ableitungen immer darauf zu überprüfen sind, welchen Einfluss sie auf nachfolgende Generationen haben, die bereits in den vergangenen Jahrzehnten – im Vergleich zu den Älteren – unterdurchschnittlich von der Einkommensentwicklung profitierten.

Der Beitrag ist Teil des von der Carl-Deilmann-Stiftung geförderten Projekts „Sicherung sozialstaatlicher Aufgaben im demografischen Wandel“.

Literatur

Becker, Irene, 2007, Verdeckte Armut in Deutschland. Ausmaß und Ursachen, Fachforum Analysen & Kommentare, Nr. 2, Berlin

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2017, Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin

Börsch-Supan, Axel, 20015, Armut im Alter, MEA Discussion Papers, Nr. 11, München

Brettschneider, Antonio / Klammer, Ute, 2016, Lebenswege in die Altersarmut. Biografische Analysen und sozialpolitische Perspektiven, Sozialpolitische Schriften, Bd. 94, Berlin

Cremer, Georg, 2016, Armut in Deutschland: Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln?, München

Deutsche Rentenversicherung, 2016, Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV-Schriften, Bd. 22, Berlin

Esselmann, Ina / Geis, Wido, 2015, Fachkräfte 65plus – Erwerbstätigkeit im Rentenalter, in: IW-Trends, 42. Jg., Nr. 2, S. 25–42

Grabka, Markus M. / Goebel, Jan, 2017, Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit, in: DIW-Wochenbericht, 84. Jg., Nr. 4, S. 71–82

Grabka, Markus M. / Jotzo, Björn / Rasner, Anika / Westermeier, Christian, 2017, Der Gender Pension Gap verstärkt die Einkommensungleichheit von Männern und Frauen im Rentenalter, in: DIW-Wochenbericht, 84. Jg. Nr. 5, S. 87–96

iwd – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, 2015, Sehr viele Ältere haben Vermögen, Nr. 21, S. 4–5

Kochskämper, Susanna / Pimpertz, Jochen, 2017, Die gesetzliche Alterssicherung auf dem Prüfstand. Orientierungen für die aktuelle Reformdiskussion, IW-Analysen, Nr. 115, Köln, erscheint demnächst

Niehues, Judith, 2017, Die Mittelschicht in Deutschland – Vielschichtig und stabil, in: IW-Trends, 44. Jg., Nr. 1, S. 3–20

Niehues, Judith / Schröder, Christoph, 2012, Integrierte Einkommens- und Vermögensbetrachtung, in: IW-Trends, 39. Jg., Nr. 1, S. 89–104

Pimpertz, Jochen, 2017, Kosten der schwarz-roten Rentenpolitik, IW policy paper, Nr. 3, Köln

Röhl, Klaus-Heiner / Schröder, Christoph, 2017, Regionale Armut in Deutschland, IW-Analysen, Nr. 113, Köln

SOEP v32 – Sozio-oekonomisches Panel, 2015, Version 32, Berlin

Statistisches Bundesamt, 2015, Die Generation 65+ in Deutschland, Wiesbaden

Wagner, Gert G. / Frick, Joachim R. / Schupp, Jürgen, 2007, The German Socio-Economic Panel Study (SOEP). Scope, Evolution and Enhancements, in: Schmollers Jahrbuch, 127. Jg., Nr. 1, S. 139–170

Developments in the Standard of Living of the Elderly Population

Whenever the question of social justice is debated, one key issue inevitably arises: the standard of living of the elderly population and the degree to which they share in society's prosperity. A descriptive analysis of the living standard of the older generation in Germany using data from the Socio-Economic Panel shows that their relative income position has improved considerably since the mid-1980s. On average, the retired population has seen higher increases in real income over the last three decades than younger cohorts. The share of older people in the lower income quintile has correspondingly declined, with more and more senior citizens finding themselves in the middle and upper income brackets. In line with this, the average risk of poverty in old age is perceptibly lower than that for younger groups. However, the relative welfare of the elderly varies widely, depending on their former employment status and supplementary sources of income. For example, earned income is more important for the (formerly) self-employed and pensioners in the upper income bracket than for formerly dependent employees. Household structure also has a bearing on pensioners' income status. In contrast to the population as a whole, the proportion of the elderly living alone has decreased markedly since the mid-1980s. This must have had a restraining influence on the development of the risk of poverty. However, in view of the relatively high proportion of single-person households and those at risk of poverty in eastern Germany, this region faces a rising risk of old-age poverty unless the younger cohorts in particular can manage to lower their relatively high poverty risk. All in all, the empirical findings do not suggest any need for policy change, especially since any corrective intervention in the statutory pension insurance's pay-as-you-go system will always need to bear in mind the distribution effects on younger generations.